



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 397, 05.09.2011

Debatte in der Bürgerschaft in der letzten Woche zum Thema gute Bildung und Umverteilung von Unterrichtsstunden

Am Dienstag wurde in der Bürgerschaft darüber diskutiert, wie es gelingen kann, gute Bildung für alle Kinder vor dem Hintergrund knapper Kassen sicherzustellen. Eine solche Diskussion war unter anderem aufgrund zweier Ereignisse notwendig, die Anlass zur Freude sind: Erstens wurden mehr Kinder in die 1. Klasse eingeschult, als angenommen worden war. Das heißt, dass die Kinderzahl an dieser Stelle nicht bergab ging. Zweitens haben sich 87% der Eltern behinderter Kinder mutig entschieden, ihre Kinder der Regelschule anzuvertrauen – und dieses Vertrauen müssen wir und werden wir rechtfertigen!

Kirsten Kappert-Gonther, die in der Stadtdeputation den Bildungsbereich vertritt und die Debatte für die Grünen bestritten hat: "Ich möchte hier noch mal ausdrücklich würdigen, was in Bremen geschehen ist: da gibt den Auftrag durch die UN-Behindertenkonvention, die Inklusion zum Menschenrecht macht und überall im Bundesgebiet wird noch gefragt, wie das gehen soll und da nehmen wir BremerInnen diesen Auftrag ernst und sind ganz vorne dabei im Bundesvergleich. Darauf können wir alle stolz sein, dass es nun auch gelingt! Und damit es gelingt Inklusion zur Selbstverständlichkeit zu machen, werden wir alle unseren Beitrag liefern müssen."

Das bedeutet aber eben auch, dass innerhalb des Bildungshaushaltes die vorhandenen Ressourcen verschoben werden müssen. Das ist für die Betroffenen nicht leicht, dafür haben wir Verständnis. Wir Grüne sagen auch: Gerade da wo es kompliziert ist müssen wir exakt hingucken. Natürlich ist es schwierig wenn man umverteilen muss, denn da wo einer etwas bekommt, müssen andere was abgeben. Da also müssen wir genau hinschauen und miteinander sprechen, untereinander und mit den Betroffenen: welche Maßnahmen sind wirklich notwendig und sind sie verträglich? Darum hatten wir Grüne noch in den Sommerferien eine Sondersitzung der Bildungsdeputation beantragt, sobald uns die Information erreicht hatte, dass die Senatorin hier die Notbremse ziehen wird.

Drei Punkte sind uns hierbei besonders wichtig:

1.) GRÜNE fordern zukünftig vom Ressort mehr Transparenz gegenüber den Schulen

Kappert-Gonther: "Das sagen wir auch in aller Deutlichkeit. Ja, wir hätten uns gewünscht, dass die Angelegenheit früher mit den Schulen besprochen worden wäre und wir wünschen uns für die Zukunft rechtzeitige und transparente Informationen für die Schulen, gerade wenn es schwierig ist, denn nur dann kann man zu guten für alle tragbare Lösungen kommen."

2.) Aus grüner Sicht sind jahrgangsübergreifender Unterricht und Stunden zur Profilbildung und für Schulversuche bedeutsam und zentral für die Schulentwicklung und gute Schulen

Wir Grünen haben also genau hingeschaut und festgestellt, dass Kürzungen geplant worden waren beim jahrgangsübergreifenden Unterricht, bei den Stunden zur Profilbildung und für Schulversuche. Gerade der jahrgangsübergreifende Unterricht aber ist für die Förderung – im Übrigen nicht nur - der schwächeren Schülerinnen notwendig. Die altersgemischten Gruppen fördern die Chancen für den Lernerfolg und auch soziale Kompetenzen.

Gegen diese Kürzungen haben wir Grüne uns erfolgreich gewehrt und sind zu einer Einigung mit den Ressort gekommen: die Hälfte, nämlich 600 Lehrerstunden, der geplanten Kürzungen, werden zunächst nicht durchgeführt, die Schulen haben hier also wieder Planungssicherheit und das ist notwendig!

3.) Wir fordern das Ressort auf sicherzustellen, dass bei keiner/m SchülerIn an den gymnasialen Oberstufen durch die Umverteilung das Abitur gefährdet ist – ansonsten muss nachgesteuert werden!

Bis Februar werden wir nun genau zu prüfen haben, ob überhaupt noch weiter umverteilt werden muss, und wenn ja, wie dies verträglich und zumutbar gehen kann. Bei den von den jetzigen Kürzungen betroffenen gymnasialen Oberstufen wurde vom Ressort zugesagt, dass das Abitur bei keiner/m SchülerIn durch die Umverteilung gefährdet sein darf und dass die Doppeljahrgänge entsprechend ihrer Schülerzahl berücksichtigt werden – und so muss es auch eingehalten werden! Wenn das anders sein sollte, dann muss auch hier nachgesteuert werden. Natürlich tut Umverteilung weh, und wer hätte kein Verständnis für die Forderungen des neu gegründeten Bündnisses von Eltern, Schülern und Lehrenden nach Planungssicherheit, kleinen Klassen und genügend Lehrern?

Wir sagen aber auch: Ja, wir müssen die Haushaltsplanungen einhalten, und Umverteilungen, die für die Einen Kürzungen bedeuten, bedeuten für die anderen – hier die GrundschülerInnen und die behinderten Kinder – zusätzliche LehrerInnenstunden.

Das bedeutet, dass alle einen Beitrag liefern müssen, wenn Inklusion und gute Startbedingungen für alle SchülerInnen ernst gemeint sind. Das geht aber nur, wenn die Beteiligten einen gemeinsamen Informationsstand haben und ernsthaft und frühzeitig

informiert und beteiligt werden. Was wir brauchen ist eine regelgesteuerte transparente Verteilung der Ressourcen und dafür machen wir Grüne uns stark.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Sülmez Dogan, bildungspolitische Sprecherin
suelmez.dogan@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210/248)



Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Deputation für Bildung - Stadt)
kirsten.kappert-gonther@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-165)



Dr. Stephan Schlenker, kinderpolitischer Sprecher
stephan.schlenker@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-168)



Linda Neddermann, jugendpolitische Sprecherin
linda.neddermann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-166)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Zum Ein- und Austragen aus dem Newsletter verwenden Sie bitte folgenden
Link: <http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/rubrik/5/5601.newsletter.htm>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die
Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.